

Europas Kassenschlacht hat begonnen

In Brüssel feilschen Regierungen, Kommunen und Regionen um die EU-Finanzplanung · Deutschlands Wunschliste ist widersprüchlich

VON PETER EHRLICH, BRÜSSEL

Die natürlichen Verbündeten Sachsens heißen Andalusien und Kreta. Mögen die meisten Bürger zwischen Torgau und Zwickau bei diesen Regionen an den nächsten Urlaub denken – sächsische Europapolitiker denken an gemeinsame finanzielle Interessen: Sie wissen, dass die spanischen Regionen Andalusien und Galizien ebenso wie Griechenlands größte Insel das gleiche Problem haben wie Teile Sachsens. Vor Beginn der laufenden siebenjährigen Haushaltsperiode der EU lag ihr Bruttoinlandsprodukt (BIP) unter 75 Prozent des EU-Durchschnitts. Inzwischen stehen diese Regionen aber besser da, ihr BIP bewegt sich in Richtung 90 Prozent des Durchschnitts und fällt damit aus der „Ziel-1-Förderung“ der EU-Strukturpolitik heraus.

„Ziel-1-Gebiet“ ist eines der Zauberworte der europäischen Haushaltspolitik. Diese Regionen erhalten besonders viel Fördergeld. Zwar beginnt die nächste Finanzperiode erst 2014. Aber das große

Rechnen und Feilschen hat bereits begonnen, in Städten und Regionen, nationalen Ministerien, in der EU-Kommission und im Parlament. Ab Herbst werden die Weichen dafür gestellt, wer künftig Zugriff auf die Töpfe der EU hat, die immerhin zwischen 120 und 130 Mrd. Euro im Jahr in den 27 EU-Ländern ausgibt. Nicht nur die ostdeutschen Bundesländer bringen sich in Stellung. Auch ein Land wie Hessen, eine der reicheren Regionen Europas, verteidigt seine Pfründe. Von 2007 bis 2013 bekommt Hessen 463 Mio. Euro aus Struktur- und Sozialfonds und noch einmal über 400 Mio. Euro für seine Landwirtschaft.

Die Landwirtschaftsausgaben sind traditionell der größte Posten im EU-Haushalt, auch wenn sie inzwischen nur noch gut 40 Prozent der Ausgaben ausmachen. Und die Agrarpolitiker wissen genau, dass die Abwehrschlacht gegen andere Wünsche nicht leicht wird.

„Auch diesen Teil des Haushalts werden wir uns ansehen müssen“, sagt die SPD-Abgeordnete Jutta Haug, die sich bei der Agrarabstim-

mung vorsichtshalber enthalten hat. Das Parlament hat unter Haugs Leitung einen Sonderausschuss eingerichtet, der ein Jahr lang über die Prioritäten der mittelfristigen Finanzplanung beraten soll. Erstmals hat das Parlament dabei volles Mitspracherecht, sodass die Entscheidung über die Finanzplanung nicht wie 1999 oder 2005 in einer „Nacht der langen Messer“ allein den Staats- und Regierungschefs der EU überlassen bleibt.

Fest steht bisher nur, dass die Positionen von Regierungen wie der deutschen in sich widersprüchlich sind. Die EU soll insgesamt nicht viel mehr Geld ausgeben als bisher. Aus Stellungnahmen des Landwirtschaftsministeriums und des Auswärtigen Amtes geht hervor, dass man aus Agrarhaushalt und EU-Fonds so viel Geld wie bisher erwartet. Gleichzeitig unterstützt Kanzlerin Angela Merkel aber die Strategie EU 2020 und den neuen Europäischen Auswärtigen Dienst – für beides ist zusätzliches Geld nötig.

Künftige Sparmaßnahmen werden sich trotz aller Resolutionen auf die größten Brocken Agrar- und

Ausgeglichen

Schuldentfrei Im Gegensatz zu den Haushalten der Mitgliedsländer ist das EU-Budget stets ausgeglichen. Die Union darf keine Schulden machen. Überschüsse werden an die Mitgliedsstaaten zurückgezahlt.

Einnahmen Das Geld stammt hauptsächlich aus den gemeinsamen Zolleinnahmen der EU und aus Beiträgen der Mitgliedsländer, die sich nach den Mehrwertsteuer-einnahmen und dem jeweiligen Bruttonationaleinkommen (BNE) richten. Deutschland ist insgesamt der größte Nettozahler in den EU-Töpfen. Pro Kopf gerechnet zahlen andere – etwa die Luxemburger – aber mehr.

Ausgaben Seit Inkrafttreten des Lissabonvertrags entscheidet das Europaparlament mit dem Europäischen Rat gleichberechtigt über den Haushalt. Zuvor feilschten allein die Regierungen im Rat um die Verteilung des Geldes.

Strukturpolitik konzentrieren müssen. Haug etwa will die Exportsubventionen für Landwirte ersatzlos streichen. Ihr CDU-Kollege Markus Pieper will, dass bei der Strukturförderung nur noch zwei Drittel und nicht mehr 85 Prozent eines Projekts von Brüssel bezahlt werden und der Eigenanteil der geförderten Regionen entsprechend steigt. Pieper und seine deutschen christdemokratischen Kollegen wünschen sich auch, dass nur noch Projekte mit „europäischem Mehrwert“ gefördert werden, was bei Toiletten für Heimatmuseen oder einem Buspendeldienst für Senioren in Westfalen fraglich erscheint.

Einige EU-Kommissare wollen aus der breiten Streuung der Mittel die Konsequenzen ziehen und die Verteilung der Mittel für Verkehrsprojekte oder aus dem Sozialfonds künftig über zentrale Agenturen vornehmen, wie das bisher nur bei der EU-Forschungsförderung geschieht. Das wiederum wollen die CDU-Leute ebenso wie die Vertreter der Regionen vermeiden. In diesem Punkt hat Sachsen Verbündete nicht nur in Andalusien.